

Fürsorge für die Kriegsinvaliden.

Die Arbeitsvermittlungsektion der Zentralfelle für soziale Fürsorge hielt gestern unter dem Vorsitz des Oberkurators Steiner eine Sitzung ab, in der zunächst Oberinspektionsrat Serenyi einen Bericht über die Tätigkeit der Sektion erstattete.

Im Dezember 1914 hatte die Sektion eine Eingabe an die Heeresverwaltung gerichtet, in der gegen die lange Arbeitszeit, die Ueberstunden und die Nacharbeit Vorstellung erhoben und die Einführung der dreifachen Achtstundenschicht in den Betrieben, die für den Kriegsbedarf arbeiten, gefordert wurde. Erst im März dieses Jahres wurde die Eingabe dahin beantwortet, daß im Interesse der raschen Deckung des Bedarfes und mit Rücksicht auf die technischen Einrichtungen vieler Betriebe, endlich mit Rücksicht auf den Arbeitermangel von der Ausdehnung der Arbeitszeit nicht Umgang genommen werden könne.

Zur Abwehr des Zustromes Arbeitsloser nach Wien hat die niederösterreichische Statthalterei mittels Erlasses angeordnet, daß nur dann die Möglichkeit des Aufenthalts zugesichert werde, wenn bereits ein abgeschlossener Arbeitsvertrag vorliegt. Für landwirtschaftliche Arbeiten seien bereits 2490 galizische Flüchtlinge teils in Vormerkung genommen, teils untergebracht worden. Ungarn habe die Grenze gesperret, um eine Zuwanderung ungarischer landwirtschaftlicher Arbeiter zu verhindern.

Die Frage der Beschäftigung Kriegsgefangener in landwirtschaftlichen Betrieben sei dahin geregelt worden, daß Gemeinden, die darum ansuchen, Kriegsgefangene in Gruppen von dreißig Mann aufwärts erhalten. Es sei auch der Frage nähergetreten worden, ob die Flüchtlinge nicht zur Strafenpflege in Wiens Umgebung herangezogen werden sollen. Schließlich wurde von dem Berichterstatter mitgeteilt, daß auch die Unfallversicherung der Schanzarbeiter, die von der Sektion gefordert wurde, zum größten Teil durchgeführt sei.

Dem Bericht folgte eine eingehende Debatte über die Unterbringung der Kriegskrüppel in den industriellen Betrieben. Der Direktor der städtischen Arbeitsvermittlung Prochazka führte aus, daß bis zum 15. März von allen Spitälern 3000 Schwerverwundete gezählt wurden und daß die Zahl der Minderbeschädigten 30.000 bis 50.000 Mann betrage. Für die Unterbringung der in den Kriegsinvalidschulen Heranzubildenden sei eine eigene Abteilung neben der städtischen Arbeitsvermittlungsanstalt zu errichten, die ihre Vermittlungstätigkeit ausschließlich auf die Kriegskrüppel zu beschränken hätte. Der Staat müsse leichter Verletzte in seinen Betrieben beschäftigen. So könne er zum Beispiel die Sortierung und Verpackung von Zigarren Kriegsinvaliden überlassen. Alle Betriebe des Staates hätten für die Beschäftigung der Kriegsinvaliden zu sorgen, damit auch die Privatunternehmer diesem Beispiel folgen.

Vorsitzender Oberkurator Steiner führte ein Fürsorgebeispiel des Staates an: Am 23. März sei ein Gefreiter aus

dem Spital in Banjaluka, wo er seine furchtbaren Wunden heilen ließ, entlassen worden. In Wien angekommen, sei er aller Mittel entblößt gewesen. Er wurde mit 52 Heller Menagegeld und 14 Heller Brotrelutum aus dem Spital weggeschickt. In Wien mußte er sich Unterstützung erbetteln. Er hatte binnen drei Tagen die Montur abzuliefern; die Zivilkleider fanden sich aber im Depot nicht mehr vor! Aus Sammelgeldern mußte dem Manne ein Anzug gekauft werden! Diese Schilberung rief eine längere Erörterung der Unterbringung der Kriegsinvaliden hervor, an der sich Frau Granitsch, Hofrat Schwiedland und Ritter v. Wittel beteiligten. Gemeinderat Neumann bemerkte, daß die Frage der Beschäftigung der Kriegsinvaliden erst brennend werden werde, wenn wieder geordnete Verhältnisse eintreten. Jetzt sei es eher möglich, Kriegskrüppel bei Unternehmern, die für den Militärbedarf arbeiten, unterzubringen. Was werde aber dann geschehen, wenn dem Kriege eine Zeit folgt, in der die Produktion stößt? Eine Zeit, in der für den Kriegsbedarf nicht mehr gearbeitet wird und die patriotische Begeisterung vieler Unternehmer verflüchtigt ist? Auf Glücksfälle darf die Existenz der Kriegskrüppel nicht aufgebaut werden und die Sorge der Sektion müsse daher dahingehen, eine namhafte Erhöhung der Invalidenpensionen für den Mannschaftsstand herbeizuführen. Für diese Forderung müsse lebhaft geworben werden. Man hüte sich, die Meinung zu verbreiten, künstliche Glieder seien imstande, die größte Zahl von Krüppeln voll erwerbsfähig zu machen und ihnen Erwerb zu sichern. Die Folge wäre, daß die Heeresverwaltung nur eine sehr unzulängliche oder gar keine Uebersetzung der Invalidenpensionsvorschriften anstreben würde. Wegen der Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide müsse man aber auch mit den Gewerkschaften in Verhandlungen treten. Hofrat Schwiedland berichtete hierauf, daß ein soziales Fürsorgecomité eine Uniformierungswerkstätte ins Leben zu rufen im Begriff sei, in der durch die weitestgehende Arbeitsteilung, die in Verbindung mit vollendeten technischen Einrichtungen gebracht werden soll, es möglich sein werde, Kriegsinvaliden Erwerb zu sichern. Die nächsten Versuche würden mit der Erzeugung von Schuhwaren und Kürschnerarbeiten gemacht werden.

Die weitere Debatte betraf die Bildung der Bandekommissionen, die sich mit Fürsorge für Kriegsinvalide beschäftigen werde. Auf Antrag der Frau Granitsch wird die nächste Sitzung der Sektion über die Frage des Erlasses der Arbeit der Männer, die im Felddienst stehen, durch Frauen prechen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf alle diese Fragen, die für sie von weitgehendem Interesse sein dürften.